

## **SPD-Politiker warnen vor noch höherem Leerstand in Problemkiesen**

Von Stefan Schulz

Der Wohnungsleerstand in Problemkiesen wird sich in den nächsten Jahren verschlimmern. Das befürchten Stadtentwicklungspolitiker nach der Entscheidung der rot-roten Koalition, die Fördermittel im sozialen Wohnungsbau kontinuierlich abzubauen. Schon jetzt haben Wohnungsbaugesellschaften wie Stadt und Land mit einem Leerstand von zehn Prozent ihrer Wohnungen zu kämpfen. Das könnte schlimmer werden, warnen die SPD-Politiker Jürgen Radebold und **Bernd Schimmler**.

Wie berichtet, hat sich die SPD im Hauptausschuß nicht gegen den Koalitionspartner Linkspartei.PDS durchsetzen können. Geplant war, die Fördermittel von etwa zwei Millionen Euro jährlich nicht zu kürzen und damit eine Kappungsgrenze von 5,50 pro Quadratmeter zum 1. April 2006 zu halten. Dem Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU) ging das sogar noch nicht weit genug. Der BBU hatte sich für eine Grenze bei fünf Euro eingesetzt.

Auch der Berliner Mieterverein (BMV) erklärte, es sei zu überprüfen, ob nicht eine weitere Senkung notwendig sei. Nun werden die Mieten, wenn die Wohnungsbaugesellschaften die Fördersenkung weitergeben, 2006 und 2007 um jeweils 13 Cent pro Quadratmeter steigen. "Das wollte die SPD-Fraktion verhindern", sagt auch der SPD-Fraktions-Chef Michael Müller. Die Linkspartei.PDS wollte dem Vernehmen nach den "Rückfall" in die Subventionierung des Wohnungsbaus vermeiden.

Betroffen sind 46 000 Sozialwohnungen (ab Baujahr 1972) ausgerechnet in sozialen Brennpunkten. Dazu gehören Wohnungen in der Paul-Hertz-Siedlung (Charlottenburg), der Brunnen- und Wollankstraße (Wedding), im Märkischen Viertel (Reinickendorf), am Falkenhagener Feld (Spandau), in der Thermometersiedlung (Lichterfelde) und im Rollbergviertel (Neukölln). Gerade in Teilen des Rollbergviertels liegt der Leerstand jetzt schon bei bis zu 50 Prozent.

Die Fördergrenze sei gerade wichtig gewesen, um die Quartiere zu stabilisieren, finden Radebold und **Schimmler**. "Gerade in der aktiven Wohnungsmarktpolitik müssen wir versuchen, die Problemkiese nicht abdriften zu lassen", so Radebold. Die Gesellschaft Stadt und Land hat schon reagiert - und im Rollbergviertel die Kappungsgrenze bei 4,75 (2006) und fünf Euro (2007) begrenzt. Die landeseigenen Unternehmen müssen die Ausfälle durch Gewinne in anderen Wohnsegmenten ausgleichen - sonst drohen Schulden.